Heft 12-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Joachim Bischoff: Italien – hoffnungsloser Fall?

Wolfgang Müller: China & deutsche High-Tech-Perlen

Richard Detje: 40 Jahre Paritätische MItbestimmung

Florian Butollo: Digitale Arbeitswelt und Gute Arbeit?

Forum Gewerkschaften

Max Lill: Bob Dylan – The Times They Are a-Changin'

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Orientierung in schwierigen Zeiten?

Die CDU signalisiert dem Wahlvolk: Die große bürgerliche Partei in der »Berliner Republik« hat verstanden. Auf Basis eines Leitantrags für den Parteitag unterbreitet der Parteivorstand das wenig überraschende Angebot: Angela Merkel bleibt Parteivorsitzende und kämpft um eine Fortführung der politischen Macht in Deutschland. ...

Übernahmeschlacht im Einzelhandel

Die Suche nach einer Lösung für Kaiser›s Tengelmann entwickelt sich zur Hängepartie. Noch immer feilschen die Konkurrenten Edeka und Rewe um eine Einigung. Währenddessen müssen die rund 15.000 Beschäftigten der Supermarktkette weiter um ihre Arbeitsplätze bangen. ...

LINKE EU-Kritik, aber konkret

Der Parteivorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger hat ein zentrales Problem aufgegriffen: »Die Auseinandersetzung um die Position zur EU hat durch den ›Brexit‹ neue Nahrung erhalten. Immer wieder wird die Forderung ›raus aus der EU‹ als eine linke Antwort formuliert.« ....

Heft Nr. 12 | Dezember 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 413

USA: Zeitenwende?

Ingar Solty: Wie konnte der herrschende Block die Kontrolle verlieren? Zu den Ursachen des Triumphs von Donald Trump 2

US-Wahlen: Daten & Fakten 10

Bernie Sanders: Wohin die Reise für die US-Demokraten gehen muss 13

Andreas Fisahn: Mit Pauken und Trump-eten in den Untergang? 15

Umbrüche: Europa, Lateinamerika, Asien

Joachim Bischoff: Italien – ein hoffnungsloser Fall im Kriseneuropa? 19

Armando Fernández Steinko: Die PSOE vor der Zerreißprobe 28

Benedikt Behrens: Showdown in Venezuela – Maduro vor dem Ende? 31

Wolfgang Müller: »Gelbe Gefahr«. Greift China nach den Perlen der deutschen Industrie? 34

Reformpotenziale: R2G

Marian Krüger/Helge Meves: Grenzen der Reformbereitschaft Die sozial- und finanzpolitischen Beschlüsse des grünen Parteitags in Münster . . 37

Harald Wolf: Rot-Rot-Grün in Berlin Koalitionsvertrag für einen Politikwechsel 40

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Verblasster Demokratie- und Systemkorrektur-Impuls. Bilanz der Mitbestimmung 1976-2016 42

WSI: Betriebsrats-Bashing – drohen, stänkern, kündigen Störfeuer gegen Betriebsratsgründungen 47

Florian Butollo: Realitäten der Digitalisierung und das Gestaltungsdilemma Jahrbuch Gute Arbeit 2016: »Digitale Arbeitswelt« 49

Daniel Menning: Proaktive Arbeitspolitik. Betriebliche Demografiepolitik als Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung 53

Life's an open window

Michael Brie: Die dritte Welle des Sozialismus. Eine Skizze 56

Max Lill: The order is rapidly fadin' Zur Verleihung des Literaturnobelpreises an Bob Dylan 62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Paterson (Filmkritik) 69

Supplement:

Joachim Bischoff/Bernhard Müller

Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus

Italien – ein hoffnungsloser Fall im Kriseneuropa?

von | Joachim Bischoff

»Matteo Renzi – Caricature« von flickr/DonkeyHotey, 🅭

Beim Amtsantritt von Ministerpräsident Matteo Renzi 2014 waren die Hoffnungen beträchtlich – in Italien wie im übrigen Europa. Renzi symbolisierte einen Politikwechsel, der dem wirtschaftlichen Abschwung, unter dem Italien seit Mitte der 1990er Jahre leidet, ein Ende bereiten würde. Nach der düsteren Ära unter Silvio Berlusconi, unterbrochen durch uninspirierte und ineffiziente Mitte-Links-Koalitionsregierungen, eroberte sein Appell gegen die alte Politik und für eine radikale Neugestaltung die Herzen der Italiener im Sturm.

Doch in den letzten Monaten schwindet die Unterstützung für die Demokratische Partei in den Umfragen seit dem Höhepunkt bei den Wahlen 2014 stetig. Renzis Beliebtheitswerte sind so niedrig wie noch nie seit seinem Amtsantritt. Mit dem Stocken der politischen Stabilisierung droht Italien wieder zu einem erhöhten Risiko in der EU zu werden.

Der breite Reformkonsens in Italien ist zerbrochen: Zunächst sind die Gewerkschaften auf Konfliktkurs gegangen, weil sie sich entschieden gegen die Arbeitsmarktreformen stellen. Diese Konfrontation schürt die ablehnende Haltung vieler Wähler des linken Flügels und befeuert den Mythos, Renzi sei den Interessen der Wirtschafts- und Finanzeliten verpflichtet. Und die chronische italienische Bankenkrise hat die latente Unzufriedenheit verschärft, worauf wir weiter unten zurückkommen.

Italien droht eine Protestwahl

Am 4. Dezember stimmt das italienische Wahlvolk über eine Verfassungsreform ab, die seit Monaten die politische Debatte dominiert. Das umfassende Gesetzespaket war vom Parlament bereits im April verabschiedet worden, und Matteo Renzi hatte angekündigt, ein Referendum abzuhalten. Damals dominierte

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus*; letzte Buchveröffentlichung (gemeinsam mit Klaus Steinitz): Götterdämmerung des Kapitalismus? Eine Flugschrift, Hamburg 2016.

noch die Logik der umfassenden Neuordnung: »Wir haben uns aus dem Morast erhoben«, verkündete der Regierungschef zu Jahresbeginn, »nach Jahren der Tristesse hat sich das Klima grundlegend geändert, und 2016 wird es noch besser werden.«

Mit der Reform wird die zweite Kammer weitgehend entmachtet. Zurzeit gilt in Italien ein »Zweikammersystem«, das heißt, die Abgeordnetenkammer und der Senat haben dieselben Aufgaben. Sie verabschieden gemeinsam Gesetze und sprechen der Regierung das Vertrauen aus. Künftig sollen die Senatoren nur noch bei Verfassungsänderungen mitreden. Ihre Zahl wird zudem von 315 auf 100 reduziert, und sie werden nicht mehr direkt gewählt, sondern aus dem Kreis der Regionalräte und der Bürgermeister entsandt.

Weil zunächst ziemlich sicher schien, dass der Regierungschef das Referendum gewinnen würde, kündigte er für den Fall einer Niederlage seinen Rücktritt an. In den letzten Monaten hat sich das politische Klima jedoch verändert.

Renzis Popularitätswerte nahmen ab und die oppositionelle Fünf-Sterne-Bewegung hatte immer mehr Zulauf. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2016 eroberte die Protestpartei mit Rom und Turin zwei Großstädte und bescherte der Regierungspartei eine schmerzhafte Niederlage (siehe Abbildung 1). Die unerwartete Schwäche Renzis ermutigte die Opposition. Die aktuellen Umfragen zeigen einen klaren Vorsprung für die Reformgegner an, die Wahrscheinlichkeit eines »Ja« beim Referendum wurde zu Beginn des Herbstes auf etwa bei 35% geschätzt. Renzi hat den Wandel der verkrusteten politischen Strukturen proklamiert und sein Abtritt wäre nur konsequent. Die drohenden Neuwahlen würden die ökonomisch-soziale Krise aktualisieren.

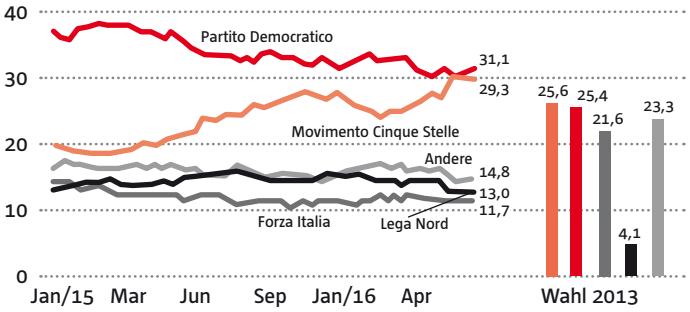
Diese ist zwar verdeckt, gleichwohl chronisch. Das Wirtschaftswachstum lässt auch nach drei Jahren Rezession auf sich warten (siehe Abbildung 2). Nach Schätzungen der italienischen Zentralbank wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) 2015 um 0,8%, und 2016 soll es um 0,7%, 2017 um 0,9% zulegen. Vor diesem Hintergrund geht es vor allem den Banken schlecht, viele brauchen dringend eine Rekapitalisierung.

Außerdem drückt der Zustrom der Flüchtlinge auf die Politik und die öffentlichen Finanzen. Seit die Balkan-Route blockiert ist, kommen fast 90% der Flüchtlinge wieder über Italien nach Europa. Laut der Statistik des Uno-Flüchtlingshilfswerks sind 2016 bereits über 130.000 Bootsflüchtlinge in dem Land angekommen. Sie werden mittlerweile konsequent registriert. Doch die anderen EU-Staaten übernehmen kaum Asylbewerber, wie sie zugesagt hatten. Da Frankreich, Österreich und die Schweiz die Grenzen weitgehend dichtgemacht haben, kommen auch nicht mehr viele Migranten illegal Richtung Norden weiter.

Diese Mixtur von Problemen trifft auf ein Land mit einer angeschlagenen Ökonomie. Italien hat sich deutlich langsamer von der Krise 2008 erholt als andere große Volkswirtschaften in Europa. Beunruhigend ist insbesondere die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit (siehe Abbildung 3). Was die Beschäftigung der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren angeht, ist Italien innerhalb der EU gar das Schlusslicht. Nur 15,1% haben einen Job, in Deutschland sind es 43,8%.

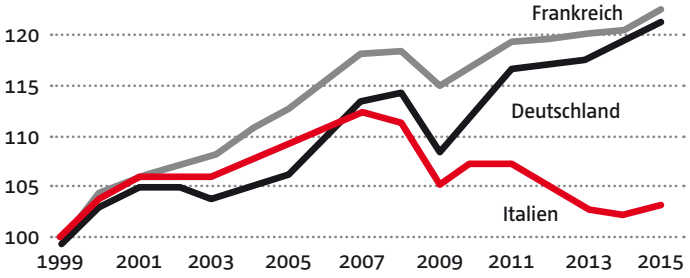
Hinter dem zögerlichen Aufholprozess steckt ein tieferes Problem. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Italiener im Vergleich mit anderen europäischen Wirtschaften zurückgefallen. Vor allem die Gesamtfaktor-Produktivität (»total factor productivity«), ein Maß für den technologischen Fortschritt, ist in Italien seit 1998 kontinuierlich zurückgegangen, während sie anderswo zugenommen hat (siehe Abbildung 4). Das größte Pro-

Abb. 1: Die Stärke der Parteien laut Umfragen in %



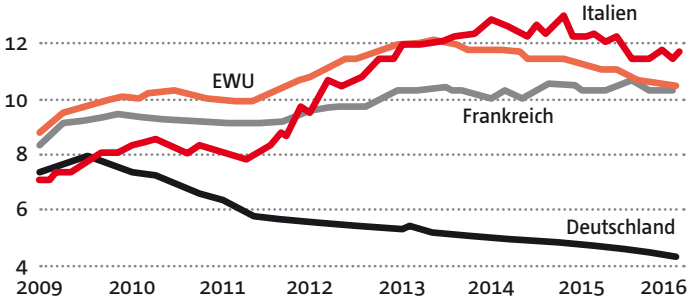
Quelle: Morgan Stanley Research

Abb. 2: Reales Bruttoinlandsprodukt im Vergleich



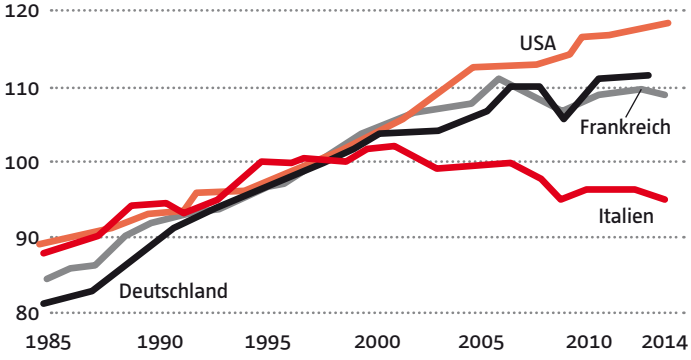
In Preisen von 2010, 1999 = 100; Quelle: AMECO

Abb. 3: Arbeitslosigkeit in der EWU



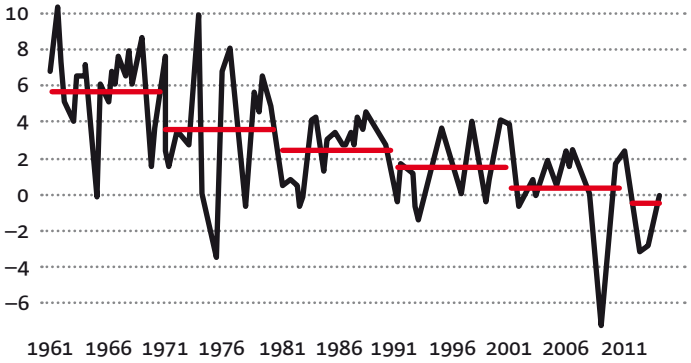
Arbeitslose in % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt; EWU = 18 EWU-Staaten; Quelle: Eurostat

Abb. 4: Gesamtfaktor-Produktivität im Vergleich



Indexiert, 1998 = 100; Quelle: NZZ

Abb. 5: Sinkendes Niveau des Wirtschaftswachstums



Entwicklung des realen BIP gg. dem Vorjahr; rote Linie; 10-Jahres-Durchschnitt; Quelle: Istat

Abb. 6: Anteil fauler Kredite in den Bankbilanzen in %

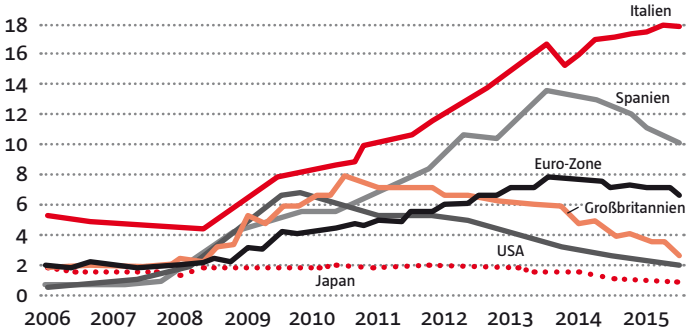
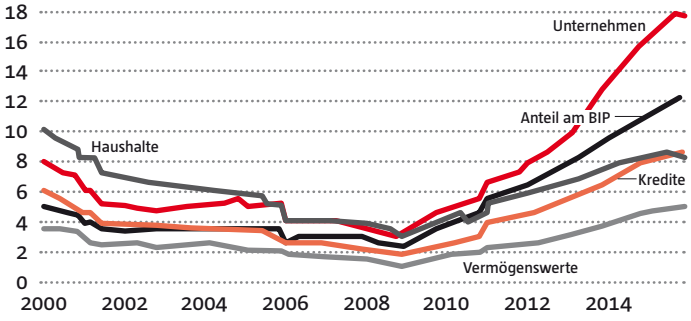


Abb. 7: Struktur der uneinbringbaren Forderungen in Italien



Quelle: Banca d'Italia

blem stellt das niedrige Ausbildungsniveau dar. Hinzu kommt ein ungewöhnlich schlechtes Geschäftsklima. Fast nirgendwo im OECD-Raum ist es so kostspielig und schwierig, eine Firma zu gründen. Neben exzessiv hohen Einkommensteuern bremsen Korruption, Bürokratie und die mangelhafte Justiz Unternehmergeist und Innovation. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung lagen in Italien 2013 bei 0,68% des BIP, im OECD-Schnitt waren es 1,61%.

Die italienische Wirtschaft lahmt seit Längerem (siehe dazu Abbildung 5, die das kontinuierlich sinkende Wachstumsniveau seit Beginn der 1960er Jahre deutlich macht): kaum Investitionen (siehe zu den Perspektiven weiter unten), stattdessen sinkende Kaufkraft, Firmenpleiten, verschärfte Bankenprobleme. Die sozialdemokratische Renzi-Regierung kann nur überleben, wenn ein Hilfspaket von etlichen Milliarden Euro mobilisiert wird. Es gibt zwar keine akute Krise, aber seit der großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 befindet sich die italienische Nation wirtschaftlich und politisch auf einem chronischen Abwärtspfad. Bis dahin hatte sich der Lebensstandard pro Kopf positiv entwickelt, seither geht es den Italienern real schlechter, heute liegen sie unter dem Niveau seit der Einführung des Euros.

Krisenherd Banksystem

Der über mehrere Jahre verlaufende Niedergang hat vor allem im Finanzbereich deutliche Spuren hinterlassen; die entschiedene Sanierung der Bankbilanzen und eine Redimensionierung des Finanzsektors sind überfällig. Italien verfügt über keine Polster, um externe ökonomische Schocks verarbeiten zu können. Dies wird deutlich, wenn wir den Anteil fauler Kredite (Non-performing loans, NPL) in den Bankbilanzen ausgewählter Staaten in den Blick nehmen (siehe Abbildung 6).

Der starke Anstieg der faulen Kredite zeigt eine chronische Verwerfung der italienischen Wirtschaft – eine Zeitbombe, die die Eurozone bedroht. Ohne eine spürbare Verbesserung der Strukturen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der gekennzeichnet ist durch hohe Arbeitslosigkeit, fortschreitende soziale Spaltung, marode öffentliche Infrastruktur, Zerstörung des Parteiensystems und wachsende Kritik am Establishment und der politischen Klasse, verliert die Parole einer umfassenden »Verschrottung der alten Politik«, mit der Matteo Renzi angetreten ist, seine Überzeugungskraft.

Anfang Juli 2016 hatte die Europäische Zentralbank (EZB) die seit Jahren kränkelnde Traditionsbank Monte dei Paschi di Siena aufgefordert, ihre notleidenden Kredite abzubauen. Bis zum Oktober sollte das toskanische Kreditinstitut einen Geschäftsplan vorlegen, wie es den Anteil fauler Kredite an den gesamten Darlehen bis 2018 auf 20% reduzieren kann. Momentan liegt dieser bei über 40% und ist damit noch höher als bei anderen kriselnden Banken Italiens.

Immer mehr Unternehmen sind nicht mehr in der Lage, ihre Kredite zurückzuzahlen (siehe Abbildung 7). Angesichts einer nachlassenden Bilanzqualität begannen Sparkassen und andere kleine Institute, Obligationen auszugeben. Sie brachten ihre eigenen Kleinkunden dazu, nachrangige Bonds zu erwerben. 2015 mussten vier Banken abgewickelt werden, mit hohen Verlusten für Aktionäre und Obligationäre. Eine staatliche Banken-Reform gäbe es nur um den Preis von 40 Mrd. € öffentlicher Gelder. Ein solcher Plan ist nach den neuen EU-Regeln unzulässig, mit einem Verzicht auf eine Rettungsaktion jedoch würde die Regierung den Zorn unzähliger Kleinsparer auf sich ziehen und eine größere Instabilität des Finanzsystems riskieren.

Regierungschef Renzi will die Banken-Probleme seines Landes mit Staatsgarantien und notfalls auch Steuergeldern lindern. Dabei sollte das in Europa eigentlich die allerletzte Möglichkeit sein – wenn bei den Instituten, deren Eigentümern und Gläubigern nichts mehr zu holen ist. Diese sogenannte Bail-in-Lösung sehen jedenfalls die Abwicklungsregeln (BRRD) für Banken vor. Greift Italien für seine maladen Geldhäuser in die Kasse, kommt ein weiteres Problem hinzu: Die Staatsverschuldung würde noch weiter nach oben getrieben. Sie ist innerhalb Europas mit knapp 133% der Wirtschaftsleistung bereits außerordentlich hoch, der europäische Richtwert liegt bei 60%. Ohne Bankenrettung und Normalisierung der Kreditvergabe wird die

italienische Ökonomie nicht aus ihrer chronischen Krise herausfinden.

Das italienische Bankensystem ist seit Längerem im Krisenmodus. Neben der Last an faulen Krediten sorgen sich die Bankenaufseher seit einigen Monaten auch um die Liquidität, nachdem der Zusammenbruch vier kleinerer Banken im Dezember 2015 die KundInnen verunsichert hatte. Die italienische Regierung rettete diese kleinen Banken – nicht auf Kosten der SteuerzahlerInnen, die Zeche bezahlten Aktionäre und Anleger, die Anleihen bei diesen Pleitebanken gezeichnet hatten.

Das fragile Wirtschaftswachstum in Italien seit der Großen Krise 2007/2008 hat bei allen Banken Spuren hinterlassen. Insgesamt haben Italiens Banken in den Krisenjahren faule Kredite in Höhe von 360 Mrd. Euro angehäuft (siehe Abbildung 8). Das entspricht einem Fünftel des gesamten Kreditbestandes. Heute ist das Problem kaum ohne massive Einschnitte zu bewältigen. Rund 200 Mrd. Euro stammen von Schuldnern, die faktisch insolvent sind, und die Banken haben noch nicht einmal die Hälfte davon abgeschrieben. Es fehlt ihnen am nötigen Eigenkapital, um dies aufzufangen.

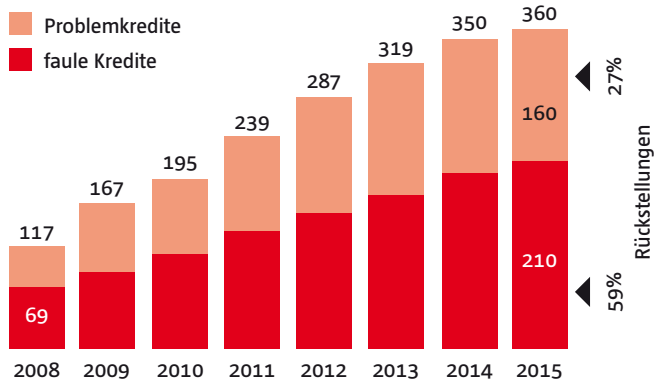
Im Gegensatz zu anderen Euro-Ländern hatte Italien seine Banken während der Finanzkrise kaum mit staatlichen Mitteln unterstützt. Weil das Land selbst keine Immobilienblase zu verarbeiten hatte, saß man nicht auf Bergen fragwürdiger Hypotheken fest. Gleichwohl rührt der Grundbestand an überproportionalen Krediten aus der Großen Krise.

Wichtig ist allerdings: Italiens Banken spielen seit der Euro-Krise eine wichtige Rolle dabei, den Staat flüssig zu halten. 2008 hielten sie 100 Mrd. Euro an Staatsanleihen, 2015 waren es über 400 Mrd. Euro. Das hinderte die Regulierungsbehörden daran, die Kreditinstitute zu einer Restrukturierung zu zwingen. Heute könnten die Finanzinstitute diese Rekapitalisierung und Verminderung der notleidenden Kredite aus eigener Kraft nicht bewältigen. Die Regierung in Rom befürchtet, dass die Marktturbulenzen rund um das Brexit-Votum der Briten die Banken endgültig in die Krise stürzen könnten, und will deshalb mit staatlichen Garantien helfen.

Seit der Schaffung der Europäischen Bankenunion sind Italiens Kreditinstitute auch der Kontrolle der EZB unterstellt. Die Gründung einer staatlichen »Bad Bank« war wegen neuer EU-Richtlinien keine Option mehr. Denn zuerst haften nun Aktionäre und Kapitalgeber einer in Schieflage geratenen Bank und erst danach der Staat. Ein sogenanntes Bail-in will Rom aber um jeden Preis verhindern, weil sich ein großer Teil der Bankschuldverschreibungen in Händen von Kleinanlegern befindet. Im Februar einigte man sich mit der EU-Kommission deshalb auf eine abgespeckte Variante. Danach sollte jede Bank ihre eigene Mini-Bad-Bank gründen, um ihre faulen Kredite auszulagern. Weil Brüssel die Auslagerung aber nur unter der Bedingung genehmigte, dass sie zu Marktkonditionen geschehe, kam der Mechanismus nie zum Laufen.

Mitte April erzwang die Regierung die Schaffung eines Bankenrettungsfonds »Atlante«, in den Private (Banken, Versicherungen und Stiftungen) 4,2 Mrd. Euro einbrachten. »Atlante« sollte die Kapitalerhöhungen absichern und gleichzeitig kriselnden Banken auch noch einen Teil der faulen Kredite abkaufen. Doch dafür reichten die Mittel nicht aus. Finanzminister Pier Carlo Padoan betonte damals, der Rettungsfonds werde das Bankensystem stärken. Doch Experten wiesen darauf hin, dass der Schritt nur vorübergehend Linderung bringen werde. Weitere Reformen und eine Konsolidierung in dem Sektor seien unumgänglich. Italiens Banken leiden unter Überkapazitäten, geringen Renditen und schwachen Führungsstrukturen. Regierung und Bankenaufsicht haben die Probleme aber viel zu lange ignoriert.

Abb. 8: Italiens faule Kredite (in Mrd. €)



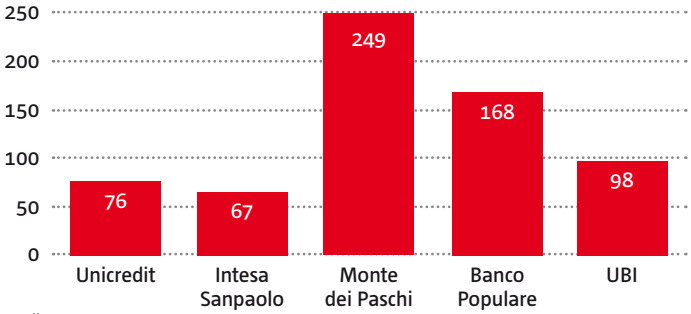
Privatkundenkredite 2015 in Italien: **1.658 Mrd. Euro**
Quelle: Banca d'Italia

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern hat Renzi wenigstens einige halbherzige Reformversuche unternommen. Um die Banken wettbewerbsfähiger zu machen, wären jedoch radikale Sparpläne, Strukturreformen und insbesondere auch schärfere Regeln bei Interessenkonflikten nötig. Die unrentabelsten Banken müssten geschlossen werden. Doch Renzi wird vor den nächsten Wahlen keine derart unpopulären Maßnahmen ergreifen. Er dürfte vielmehr darauf hoffen, dass sich das Problem mit dem Aufschwung von selbst löst. Doch das Wachstum will einfach nicht anziehen – und die Bankenkrise hellt die Stimmung auch nicht gerade auf.

Italien wird seinen Banken nach Angaben von Renzi allerdings auch ohne neue Ausnahmen von EU-Regeln helfen können. Hilfe für die Banken sei auch im bisherigen gesetzlichen Rahmen für die Bankenunion möglich. Dies ist eine großzügige Interpretation der Gesetze der europäischen Bankenunion. Laut der Verordnung über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD) kann ein Staat in besonderen Fällen einer Bank mit Kapital unter die Arme greifen, ohne dass das sonst zwingende volle »Bail-in« ausgelöst würde, bei dem vor den SteuerzahlerInnen die Aktionäre und Gläubiger der Bank bluten müssen.

Dieser Spezialfall gilt für Banken, die solvent sind, aber auf Basis des negativen Szenarios eines Stresstests eine vorsorgliche Kapitalerhöhung benötigen. Bestehen sie auch das Basisszenario des Tests nicht, kann die Ausnahmeklausel nicht angerufen werden. Es geht also darum, bei der Lastenteilung einen Weg zu finden, der bei den Sanierungskosten eine Beteiligung der Aktionäre und der nachrangigen Gläubiger abschwächt. Die Ergebnisse des aktuellen Stresstestes der europäischen Banken stehen ins Haus. Eine Lösung für eine verträgliche Sanierung hat die italienische Regierung noch nicht.

Abb. 9: Notleidende Kredite in % des Aktienkapitals



Quelle: NZZ

Immerhin gibt es bei der Krisen-Bank Monte dei Paschi einen Sanierungsplan. Der neue Bankchef will die Sanierung durch den Verkauf von faulen Krediten in Höhe von 28 Mrd. € und eine Kapitalerhöhung über 5 Mrd. € erzwingen. Nichts mehr kann die Anleger offenbar darüber hinwegtäuschen, dass die Lage dramatisch ist. Hohe Abschreibungen auf faule Kredite dürften im laufenden Jahr einen Verlust von 4,8 Mrd. € verursachen. Insgesamt hat die Bank seit 2011 rund 20 Mrd. € verloren. Für eine Rettung könnte es deshalb schlicht zu spät sein, und eine Abwicklung der Bank könnte unumgänglich werden. Umso mehr, als der gesamte Bankensektor des Landes krankt und auch viele andere Institute, die aus Sicht der Investoren mit Sicherheit attraktiver sind, eine Kapitalerhöhung planen.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank fordert ein 150 Milliarden Euro schweres EU-Programm zur Bankenrettung. »Man wird nicht umhinkommen, ein größeres Programm zur Rekapitalisierung der Banken aufzulegen«, sagte David Folkerts-Landau. In Europa drohe den Banken eine langsame, langfristige Abwärtsspirale. Die Institute säßen auf notleidenden Krediten im Volumen von zwei Billionen Euro. Die EZB-Strafzinsen belasteten die Finanzindustrie, und die niedrigen Aktienkurse machten es sehr schwer, frisches Eigenkapital am Markt zu besorgen. »Wir erleben Krisen in immer kürzeren Abständen. Und ich kann beim besten Willen nicht erkennen, wo Wachstum herkommen soll.«

flickr/bancaitalia, ⓘ⓪

Die Schieflage in Italiens Bankensektor hat das Potenzial, eine europäische Finanzkrise auszulösen. Krachen die italienischen Banken, so könnte das eine Kettenreaktion auslösen. Denn laut der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ) stecken in diesen italienischen Banken rund 550 Milliarden Euro von anderen Geldhäusern aus aller Welt. Allein französische Banken liehen den Italienern 250 Milliarden und die deutschen Banken immerhin fast 90 Milliarden. Allein bei der Deutschen Bank geht es bei den italienischen Bankenturbulenzen um Kredite in Höhe von mehr als 13 Milliarden Euro.

Wir haben gezeigt, dass die italienischen Geldhäuser unter der Last notleidender Kredite leiden, der Anteil fauler Kredite liegt mehr als doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt (siehe hierzu auch Abbildung 9). Fast ein Fünftel aller von italienischen Banken vergebenen Kredite sind vom Ausfall gefährdet – ein Horrorszenario. Insgesamt müssten in der EU rund 2 Billionen Euro zur Sanierung des Bankensystems aufgebracht werden, sollten die notleidenden Kredite abgeschrieben werden müssen.

Der gesamte europäische Bankenmarkt steht unter Druck. Kein Wunder, dass Renzi die Krisenbanken lieber heute als morgen mit frischem Staatsgeld stützen würde. Doch noch stellt sich die EU quer. Zuletzt holte sich Renzi bei der EU eine Abfuhr für den Plan einer Kapitalspritze von 40 Mrd. € für die Banken. Aktionäre und Kleinanleger halten etwa ein Drittel der rund 600 Mrd. € an ausstehenden vorrangigen Bankanleihen und fast die Hälfte der rund 60 Mrd. € an ausstehenden nachrangigen Bankanleihen.

Die Beteiligung der Privathaushalte an der Sanierung der Banken würde vermutlich die Erosion im italienischen Parteien- und politischen System verstärken. Der Chef der bundesdeutschen Wirtschaftsweisen, Christoph Schmidt, verweist auf einen möglichen Ausweg: »Wenn es der gesellschaftliche Konsens in Italien verlangt, Kleinanleger nicht an den Verlusten aus notleidenden Krediten der Banken zu beteiligen, gäbe es einen klaren Weg, der das Prinzip des Bail-in nicht verletzt: Erst kommt die Abwicklung des Bail-in, so wie vorgesehen, dann kann die italienische Regierung die Kleinanleger aus Haushaltsmitteln entschädigen.« Bislang ist die Sanierung der italienischen Banken weiterhin in der Schwebe.

Der heutige »kranke Mann Europas« und seine Perspektiven

Damit ist die Ausgangslage eindeutig: Nur der Staat könnte eine erfolgreiche Sanierung von Banken und gesellschaftlichem Produktionsapparat auf den Weg bringen. Aber politische Führung

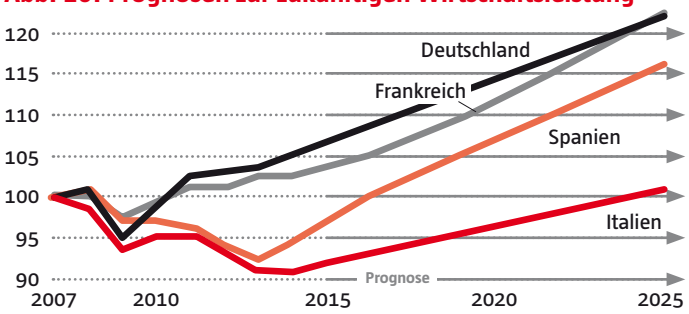
und Staat werden von der EWU, insbesondere der Eurogruppe unter deutscher Führung, dazu gedrängt, an der Konzeption der neoliberalen Ordnungspolitik festzuhalten. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen, Wertberichtigungen im Banksystem und die Absenkung der Lohnkosten sind aber Zeitbomben. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) gibt schon mal den populistischen Vorreiter für entsprechende Auflagen: »Italien darf nicht zum Ausgangspunkt einer neuen Bankenkrise werden. Deshalb müssen die Regeln der Bankenunion von der Regierung Renzi eingehalten werden. Es darf nicht dasselbe wie beim Euro-Stabilitätspakt geschehen, dessen Regeln immer dann gebrochen wurden, wenn es darauf ankam. Der Grundgedanke der Bankenunion lautet: Für marode Banken haften Eigentümer und Gläubiger, nicht aber die Steuerzahler. Das muss jetzt auch für Rom gelten. Schon jetzt zeigt das Beispiel Italiens, warum es keine europäische Einlagensicherung geben darf, bei der deutsche Sparer für marode Banken in Südeuropa haften sollen.« (Bild-Zeitung vom 11.7.2016)

Italien ist derzeit das größte Risiko für Europa, die Bankenkrise ist Bestandteil einer größeren Krisenkonstellation, die das Land vermutlich nicht allein bewältigen kann. Italien wird wegen der ausgeprägten Wirtschaftsschwäche auf die Hilfe der europäischen Partner angewiesen sein. Der IWF geht davon aus, dass die viertgrößte Ökonomie Europas erst im Jahr 2025 wieder das Vorkrisenniveau von 2007 erreicht haben wird (siehe Abbildung 10). Für die Regierung Italiens steht die Ankurbelung des Konsums und der Investitionen im Vordergrund[1] und nicht der Abbau des staatlichen Defizits und der hohen Staatsschulden. Die hohe Verschuldung (133% des BIP) stellt ein ernsthaftes Problem für das Land dar. Der Etat für das laufende Jahr sieht Steuersenkungen und andere wirtschaftsfördernde Maßnahmen in Höhe von knapp 30 Mrd. € vor. Momentan gehe es darum, den Italienern wieder Vertrauen zu geben, sagt Ministerpräsident Renzi, das langsam anziehende Wachstum dürfe nicht gleich wieder durch übertriebene Austerität erstickt werden. Im Haushalt will er für das Jahr 2017 das Defizit wieder vergrößern, das Ziel des Haushaltsausgleichs hinausschieben und gegenüber der Europäischen Kommission auf Flexibilität für Italiens Haushaltsziele bestehen.

Zur Entwicklung des Haushaltsdefizits hatte die italienische Regierung sich gegenüber der EU-Kommission verpflichtet, dass ohne Korrekturen 2016 ein Defizit von 1,4% des BIP erreichbar sei, 2017 von 0,2%. Die Regierung hatte danach aber für 2016 das Defizit kräftig erhöht, um Raum für zusätzliche Ausgaben zu haben. Die Zielgröße für 2016 lautet nun 2,3% des BIP. Daher ergäbe sich automatisch auch für 2017 ein höheres Defizit ohne Korrekturen von 1,1%.

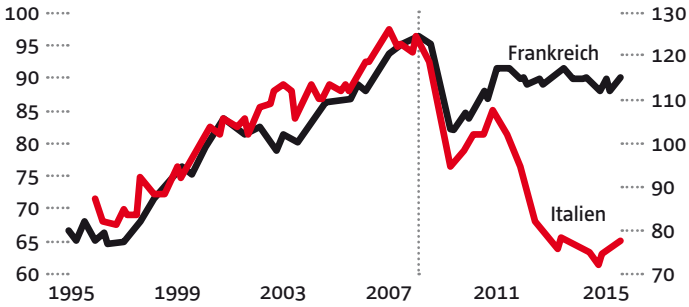
Die chronische Wachstumsschwäche macht also dem neoliberalen Sanierungskurs einen Strich durch die Rechnung. Die Prognose eines Wirtschaftswachstums von 1,1% im laufenden Jahr nach 0,8% im Jahr 2015 hat der IWF jetzt revidiert. Das italienische BIP werde 2016 um weniger als 1% und 2017 vielleicht um ein knappes Prozent zulegen. Mittelfristig geht der IWF gar nur von einem Jahreswachstum von 0,8% aus. Bei einem Wirtschaftswachstum auf mittlere Sicht von unter einem Prozent ist in einem kapitalistisch strukturierten Gemeinwesen eine Sanierung eines maroden Bankensystems kaum zu realisieren.

Abb. 10: Prognosen zur zukünftigen Wirtschaftsleistung



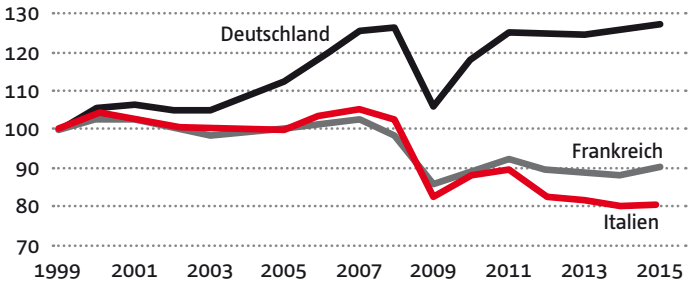
Jahr 2007 = 100; Quelle: IWF

Abb. 11: Brutto-Investitionen im Vergleich



Quelle: Eurostat

Abb. 12: Entwicklung der Industrieproduktion



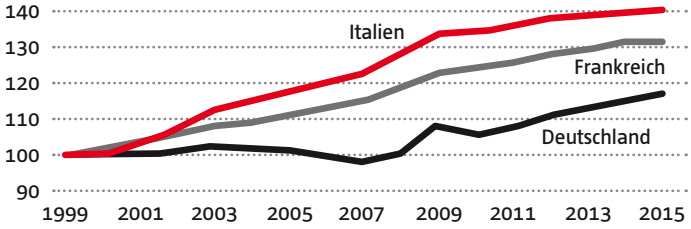
1999 = 100; Quelle: Eurostat

Mit der zusätzlichen Schuldenaufnahme will die italienische Regierung im kommenden Jahr versprochene Steuererleichterungen finanzieren. Sie überlegt auch, mit staatlichen Mitteln einen flexibleren und damit früheren Renteneintritt zu finanzieren. Schatz- und Finanzminister Pier Carlo Padoan wies jeglichen Verdacht zurück, dass Italien bei den Wünschen nach Flexibilität bei den Haushaltszielen unersättlich sei: »Italien hat alles Recht, Flexibilität zu verlangen und zu erhalten«, es gehöre zu den europäischen Staaten mit der besten Haushaltsführung.

Nach Jahren der Lähmung hat das Land wieder politische Stabilität erlangt und wurde zuletzt in Europa nicht mehr als hoffnungsloser Fall gesehen wie unter Silvio Berlusconi. Zwar streitet Rom weiter mit Brüssel über den Sinn der Austeritätspolitik, und Finanzminister Padoan feilscht kontinuierlich um mehr fiskalpolitische Flexibilität. Renzi stellt die Notwendigkeit einer Haushaltssanierung aber nicht grundsätzlich infrage und macht auch nicht – wie viele italienische Politiker – in populistischer Manier Berlin oder Brüssel für die Probleme seines Landes verantwortlich.

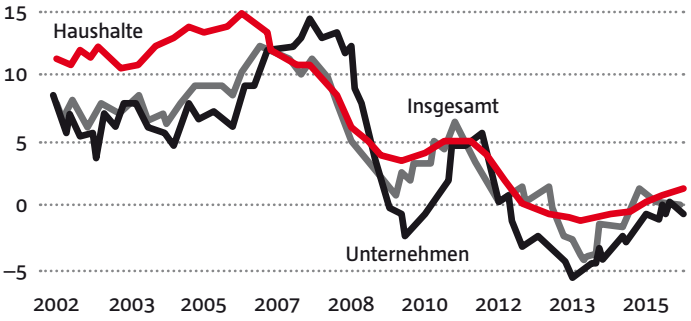
Die makroökonomischen Daten geben allerdings wenig Anlass zum Optimismus. Italien erholt sich deutlich langsamer von

Abb. 13: Entwicklung der Lohnstückkosten



1999 = 100; Quelle: AMECO

Abb. 14: Wachstum des Kredits in %



der Großen Krise als andere große europäische Länder. Laut dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung wächst die Industrieproduktion zwar wieder, aber Italien produziert noch immer über 30% weniger als vor der Krise und hat seit dem Tiefpunkt erst 3 Prozentpunkte wettgemacht (Deutschland: 27,8; Großbritannien 5,4). Dies hat Konsequenzen für die Investitionen.

In der Tat ist der scharfe Rückgang der Investitionsbewegung auf einem tiefen Niveau gestoppt worden (siehe Abbildung 11). Eine nachhaltige Aufwärtsbewegung auf das Vorkrisenniveau ist allerdings nicht in Sicht. Gerade einmal 4,5% an Wachstum hat Italien seit dem Start des Euro im Jahr 1999 zugelegt, das sind durchschnittlich 0,28% pro Jahr. Mit diesem Mager-Wachstum ist Italien das Schlusslicht der Euro-Zone.

Der Niedergang der italienischen Ökonomie wird noch klarer, wenn man sich die Industrieproduktion anschaut (siehe Abbildung 12). Hier sind Frankreich und Italien fast gleichförmig seit Beginn der 2000er Jahre, insbesondere aber seit 2004, hinter der deutschen Entwicklung zurückgeblieben. Frankreich ist jedoch seit 2011 nicht so stark eingebrochen wie Italien.

Ein wesentlicher Faktor dieser Entwicklung ist das Auseinanderlaufen der Lohnstückkosten nach Beginn der Währungsunion. Bis 2006 war die Lücke zwischen Italien und Deutschland, wo die Lohnstückkosten in den ersten Jahren der EWU überhaupt nicht stiegen, schon auf 20 Prozent angewachsen (siehe Abbildung 13).

Italiens relativ stark exportorientierte Wirtschaft konnte sich bis zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem mit Hilfe von Niedriglöhnen behaupten. Fehlende Investitionen in Innovationen, eine unzulängliche Wirtschaftspolitik sowie eine fragwürdige Gemeinschaftspolitik, die verschiedene Wettbewerbsniveaus in der EU hätte ausbalancieren können, verhinderten eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung Italiens. Diese Fragilität der italienischen Wirtschaftsstrukturen wurde mit dem Einsetzen der Rezession 2008/2009 deutlich. Der von der technokratischen Regierung unter Mario Monti seit November 2011 eingeschlagene rigide Sparkurs führte das Land nicht aus der Rezession heraus und belastete zudem in erster Linie die unteren Einkommensschichten. Die massiven sozialen Folgen dieser Sparpolitik sowie einseitige Schuldzuweisungen der italienischen Finanzelite in Richtung politischer Entscheidungsträger haben das demokratische System zusätzlich delegitimiert.

Die dramatische Verlangsamung des Wachstums erklärt die unzureichenden Reformen im Finanzsektor und die Schwierigkeiten der Staatsfinanzen. Das Ausmaß der Schulden benachteiligte Italien im Verlauf der Krise stark und verhinderte, dass in der akutesten Phase des Nachfrageeinbruchs durch konjunkturfördernde Maßnahmen gegengesteuert werden konnte. Der Rückgang der Sparquote bei den Familien, die in der Vergangenheit ein Gegengewicht zur hohen Staatsverschuldung gebildet hatte, sowie die Verschlechterung der Außenhandelsbilanz haben das Misstrauen der Finanzmärkte verstärkt und Italien in eine Phase äußerst restriktiver Steuerpolitik gedrängt.

Der Konsum trägt die Binnenwirtschaft, aber die Exportaussichten sind wegen der Abkühlung in Schwellenländern trübe. Die Industrieproduktion kommt nicht in Schwung. Auch die jüngste Arbeitsmarktreform zeigt wegen der schleppenden Erholung noch kaum Wirkung. Die Arbeitslosigkeit ist nur leicht zurückgegangen und liegt noch immer bei 11,5%.

Ohne eine Expansion des Kredits (siehe Abbildung 14) kann unter den gegebenen Bedingungen eine Sanierung der italienischen Ökonomie nicht gelingen. Dem stehen aber die oben dargestellten Probleme der Bankenkrise entgegen.

Politische Verwerfungen

Scheitert Renzi mit dem Verfassungsreferendum, drohen Neuwahlen. Dann könnte die Euro-feindliche Movimento Cinque Stelle (M5S) an die Macht kommen. Denn viele Italiener machen den Euro für ihre wirtschaftliche Misere verantwortlich. Mit zu diesem Urteil trägt bei, dass es vor der Euro-Einführung diversen italienischen Regierungen über Jahrzehnte hinweg gelang, das Land durch alle wirtschaftlichen Fährnisse zu navigieren – allerdings ohne eines der strukturellen Probleme in Angriff zu nehmen.

Die Aktualisierung der Krise hat den weiteren Aufstieg der populistischen Bewegung M5S des Kabarettisten Beppe Grillo befördert. Als sie 2008 lanciert wurde, hätten nur wenige darauf gewettet, dass sie lange überdauern würde. Mittlerweile aber hat

[1] Eingegangen wird hier nicht auf das krasse Entwicklungsgefälle innerhalb Italiens. Die Lage im Süden ist so dramatisch, dass eine dauerhafte Unterentwicklung droht (siehe dazu den Bericht der Svimez [Associazione per lo Sviluppo dell'Industria nel Mezzogiorno] 2015). Häufig wird daraus die Schlussfolgerung entwickelt, dass dies ein unlösbares Problem sei: »How huge the fiscal transfers from the North would have to be cannot be specified with any certainty, but we can be sure they would not suffice to bridge the gulf between North and South. Recognizing that this would involve not only Greece but also Spain and Portugal, and possibly the entire Mediterranean region, the payments required of the North would be proportionally at least as great as the annual transfer of resources made by the FRG to its new Länder after 1990, or by Italy to the Mezzogiorno since the end of the Second World War: roughly 4 per cent of GDP in both cases, with the modest result of merely preventing the income gap between the affluent and the poor regions from growing any larger.« (Wolfgang Streeck, Why the Euro divides Europe, in: New Left Review 95, September-October 2015)

Forum Wissenschaft 3/2016

Sieg der Unvernunft?

Analyse und Kritik der »Exzellenzstrategie«

2005 startete die damalige Bundesregierung erstmals ein Förderprogramm unter dem Titel »Exzellenzinitiative …«, mit dem der Weg für Eliteuniversitäten in Deutschland geebnet werden sollte, Bund und Länder beschlossen im Frühjahr 2016 die Weiterführung dieses Fördersystems:
Die Grundfinanzierung des Hochschulsystems stagniert auf zu niedrigem Niveau, die Exzellenzinitiative bindet Personalressourcen, erschwert den Zugang zu Dauerstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und trägt insgesamt zur Verschlechterung der Studienbedingungen bei.
Trotz der breiten politischen Mehrheit für die Weiterführung der Exzellenzstrategie gab es aber diesmal von verschiedenen Akteur_innen deutliche Kritik – Anlass genug, dieses Programm genauer zu untersuchen.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 27. Jahrg., Nr. 108, Dez. 2016, 240 S.

Fusionen, Konzernumbau, Kapitalstrukturen

mit Beiträgen von H. Bontrup, U. Dolata, U. Foullong, Th. Goes, J. Goldberg, G. Hautsch, W. Kurtzke, A. Leisewitz, H. Pfeiffer und Th. Schulten

zu Kapitalkonzentration, Fusionen, Unternehmensübernahmen und Konzernumbau sowie sozialen Konflikten bei Banken und Versicherungen, Internetkonzernen, im Einzelhandel, in der Medienwirtschaft, der Metall- und Chemieindustrie und der Elektrizitätswirtschaft

Postkapitalismus

Goldschmidt – **„Offener oder autonomer Marxismus“? „Kommunismus 2.0“? Varianten des Postkapitalismus II**

Und:
Schneidemesser/Kilroy – **Streikmonitor erstes Halbjahr 2016** / Goes/Thiel – **Gewerkschaften gegen Unternehmerangriffe** / Foster/Stache – **Stoffwechsel Natur-Gesellschaft** / Pauli – **Eurozone und Währungsunion** / Weißbecker – **Kurt Pätzold zur Erinnerung**

Sowie: Zuschriften zu Z 107, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

der M5S eine stabile Führung etabliert und hält in Umfragen einen soliden Vorsprung.

Im neuen, zweistufigen Wahlsystem dürfte er in der zweiten, entscheidenden Wahlrunde mit der Demokratischen Partei um den Sieg konkurrieren. In dieses Zweiparteienduell geht M5S mit einem soliden Vorsprung von fünf bis zehn Prozentpunkten in den Umfragen. Mit einem »linkspopulistischen« Programm ist es Grillo gelungen, die Unzufriedenheit mit Renzi selbst bei den Wählern des rechten Spektrums so weit anzustacheln, dass viele von ihnen bereit wären, in einer zweiten Runde den M5S zu unterstützen.

Außerhalb Italiens ist das Programm von M5S kaum bekannt. Anders als die traditionellen italienischen Linksparteien, die sich jahrzehntelang hüteten, die Märkte und die Wirtschaft zu vergraulen, bekennt sich der M5S zu einer radikalen Wirtschaftspolitik. Seine Propaganda spricht all denjenigen Italienern aus dem Herzen, die der Überzeugung sind, es liege in der Verantwortung der Regierung, das Land aus der Krise zu führen, ohne der Bevölkerung weitere Opfer abzuverlangen.

Der bekannteste Vorschlag des M5S ist ein Mindesteinkommen von 780 € monatlich. Ein Vorschlag, der an die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen erinnert, die in der Schweiz kürzlich verworfen wurde. Eine Verwirklichung bedeutet eine massive Umstrukturierung der öffentlichen Finanzen. Ein weiterer Vorschlag ist die Verstaatlichung der Notenbank. Derzeit sind private Banken Aktionäre der Banca d'Italia und partizipieren bis zu einem gewissen Grad an ihren Gewinnausschüttungen. Der M5S will die Notenbank in den Besitz der Zentralregierung überführen. Die Wunschvorstellung sieht vor, dass die Regierung mit den Reserven der Notenbank Programme der sozialen Wohlfahrt finanzieren soll. Das Mandat der Notenbank würde geändert, sie würde gezwungen, Kredite für kleine und mittlere Unternehmen zu gewähren, die bei privaten Banken keinen Kredit bekommen.

Ein Wahlsieg des M5S wäre für Italien und die Eurozone eine Herausforderung. Das an die Wand gemalte Schreckensszenario enthält folgende Aspekte: Die Aufschläge auf Staatsanleihen schießen durch die Decke, ein Bank Run setzt ein und macht die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen notwendig, damit die Sparer ihr Geld nicht ins Ausland transferieren. Ist Italien nicht mehr im Euro, wird das private Vermögen des Mittelstands ausgelöscht.

Was ließe sich am Fall Italien sonst noch lernen?

Bislang dominierte in Europa unter der Führung der deutschen Hegemonialmacht die neoliberale Ausrichtung auf eine »wachstumsfreundliche Konsolidierung«. Das heißt, die Euro-Krisenländer sollen ihre Verschuldung konsequent reduzieren und mit Strukturreformen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. »Strukturreformen« stehen für harte Veränderungen, den Umbau der Wirtschaft durch eine Öffnung der Arbeitsmärkte, also etwa einen Abbau der Kündigungsschutzregeln, durch steuerliche Anreize für Investoren oder durch weniger soziale Absicherung. Die entscheidenden Punkte eines solchen Programms lauten: tiefe Steuern (für Reiche), Deregulierung, schlanker Staat, Freihandel, offene Grenzen für Jobsuchende.

Diese neoliberale Politik der Stärkung der Marktprozesse hat insgesamt zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt und ist faktisch gescheitert. Mehr noch: Die Agenda, die allein auf mehr Marktkräfte setzt, hat nicht nur in Europa und in Deutschland »den Saatboden für einen neuen Faschismus geschaffen« (Jürgen Habermas), sondern – wie aus Trumps Triumph deutlich wird – auch in den USA. Die Einkommensunterschiede und die soziale Spaltung haben zugenommen, in der Folge erstarken verschiedene rechtspopulistische Revolten. All das hat zum Ausbruch von Frustration und Wut geführt, der den Brexit möglich machte und Trumps Aufstieg befeuerte.

Inzwischen dämmert selbst Teilen der herrschenden Eliten, dass diese Form von Austeritätspolitik nicht umstandslos fortgeführt werden kann. Der Staat wird nicht mehr als Wurzel allen Übels angesehen. Steht in den USA den Eliten unter dem rechtspopulistischen Präsidenten Trump eine Grundsatzdebatte erst noch bevor, so ist in Großbritannien die neue Premierministerin Theresa May bereits einen Schritt weiter. Denn im Ja zum Brexit drückt sich eine ähnliche Gemengelage aus wie im Erfolg von Donald Trump.

May sprach in einer Grundsatzrede davon, der Brexit sei eine »Revolution« gewesen, ein »Wendepunkt«, eine Revolte, wie sie »nur einmal pro Generation« vorkomme – eine Revolte von »Millionen von vernachlässigten Bürgerinnen und Bürgern«, die genug hätten von der Zuwanderung, vom Realitätsverlust abgehobener Eliten, genug von der wirtschaftlichen Deregulierung. Nach dieser Analyse skizzierte die konservative Ministerpräsidentin ein neues Programm. Sie versprach eine harte Hand gegenüber der Zuwanderung; die Firmen sollten offenlegen, wie viele Ausländer sie beschäftigten – mit dem Ziel, Unternehmen mit einem hohen Anteil nichtbritischer Mitarbeiter an den Pranger zu stellen. Sie kritisierte die Boni-Kultur der Großfirmen, die Abzockermentalität von Strom- und Gaslieferanten, stellte die Schließung von Steuerschlupflöchern für Konzerne in Aussicht, will die Finanzmärkte strenger regulieren und sprach davon, »strategisch wichtige Firmen« zu identifizieren und staatlich zu fördern. Industriepolitik wird wieder aktuell – bisher ein Kernelement linker Wirtschaftsideen.

Die neoliberale Epoche ist offenkundig an ein Ende gekommen, selbst wenn dies in Kontinentaleuropa noch nicht ausgestritten ist. Aber der Siegeszug des Rechtspopulismus in den USA wird in allen kapitalistischen Ländern seine Spuren hinterlassen. Wenn die bisherigen Eliten mehr Regulierung, höhere Steuern für Firmen oder Interventionen in den Markt postulieren, wenn sie den Staat nicht mehr als Ursache aller Probleme, sondern als Teil der Lösung sehen, wenn sie Freihandel und Personenfreizügigkeit skeptisch beurteilen, dann bestehen Chancen für eine neue Agenda. Es steigen die Chancen, für Europa eine Reformalternative als realisierbar zu umreißen, die auch Italien einen größeren Handlungsspielraum für eine andere Politik eröffnen könnte.

Der politische Paradigmenwechsel, dessen Zeugen wir sind, dürfte die bisherige Ausrichtung auf neoliberale Ordnungspolitik beenden. Die neuen Themen sind: Freihandel gegen Protektionismus, Zuwanderungsquoten gegen Personenfreizügigkeit, Laisser-faire-Wirtschaftspolitik gegen Industriepolitik, globale Steuerregimes gegen nationalen Steuerwettbewerb.

Ist damit die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus überwunden? Sicherlich nicht, denn die kapitalistische Globalökonomie ist auch Jahre nach der Großen Krise in einem Modus der gefährlichen Instabilität. Sie ist instabil, weil in der Expansion des Kreditwesens Schranken eingeschlossen sind. In beiden Extremen des Ungleichgewichts, im Spekulationsboom wie in der deflationären Schuldenliquidation, entsteht kein Korrektiv: Der Boom nährt sich selbst, genauso wie sich die Wirtschaft in der Depression immer weiter in die Tiefe schraubt. Gestoppt werden kann dieser Prozess nur durch Staatsinterventionen. In der Depression bedeutet das fiskal- und geldpolitische Stützung, um die selbstzerstörerische, deflationäre Schuldenliquidation zu stoppen. Eine Rückkehr zur beschleunigten Kapitalakkumulation zeichnet sich nicht ab. Erneut zeigen sich Symptome einer möglichen Finanzkrise. Finanzkrisen sind entgegen der Mehrheitsmeinung in der Ökonomie Anzeichen für Ausprägungen einer grundsätzlichen Instabilität der kapitalistischen Ökonomie.

Die aktuelle Situation wird wegen der Friktionen im globalen Kreditzyklus als außerordentlich fragil eingeschätzt. Erneut steht die Politik des Lebens auf Pump vor der Gefahr des Umschlags in ein abruptes Ende. Weltfinanzsystem und Weltwirtschaft sind erneut in der Logik einer unbeherrschbaren Kreditexpansion. Der Fall Italien ist faktisch eine Zeitbombe, die – möglicherweise ausgelöst durch ein »nebensächliches« Ereignis – hochgehen könnte. Es droht eine neue große Depression mit Bankenzusammenbrüchen, Staatspleiten, Massenarbeitslosigkeit und sozialen und politischen Konflikten innerhalb und zwischen Ländern.

Aber es gibt eine Alternative zum Crash, wenn rechtzeitig genug gehandelt wird: Die Alternative zum staatlich begleiteten Bereinigungs- und Anpassungsprozess besteht in einem außergewöhnlichen Reformpaket, eine Art New Deal aus Geld-, Fiskal- und Strukturpolitik, mit dem die wichtigen nationalen Ökonomien und damit die Weltwirtschaft wieder in einen Entwicklungspfad zurück bugsiert werden könnten. Die Geldpolitik allein wird das niemals schaffen. Noch ist es nicht zu spät, die Zentralbanken in eine Reformoption einzubinden. Staatliche, über den Bondmarkt finanzierte Investitionen in die Infrastruktur wären in den USA, Deutschland, Großbritannien, Italien usw., also in der EU und Eurozone effizient und erfolgreich umsetzbar.

Der Nachholbedarf in all diesen Volkswirtschaften ist enorm. Leihkapital zu niedrigen Zinsen ist vorhanden und Investitionen in die Infrastruktur würden die Lebens- und Produktionsverhältnisse verbessern. Eine wirksame Reformpolitik ist allerdings nur mit einem radikalen Kurswechsel und einer gesellschaftspolitischen Gesamtkonzeption zu haben: Mit einer Ausweitung der Staatsausgaben für öffentliche Investitionen oder zur qualitativen Veränderung des Massenkonsums kann Vollbeschäftigung erreicht werden. Anders als bei den bisher praktizierten Ansätzen zur gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung müssen diese Maßnahmen sowohl bei der Besteuerung wie auch bei der Ausweitung von öffentlichen Investitionen und des Massenkonsums mit einer langfristig angelegten Strukturpolitik verknüpft sein.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

◻ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

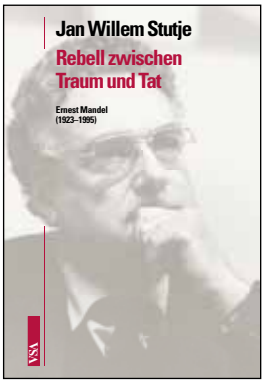
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de